

Reinhard Uhle-Wettler
Brigadegeneral a.D.

23669 Timmendorfer Strand
Otto-Langbehn-Straße 24

Herbst 2015

Offener Brief an die Bundesregierung

Die gegenwärtige „Flüchtlingswelle“ bedroht durch Art und Umfang vordergründig unser Sozialsystem und den Inneren Frieden, längerfristig darüber hinaus die Identität des deutschen Volkes. Daher sind politische Maßnahmen zur Abhilfe dringend geboten.

Die bei Pressekonferenzen, im Deutschen Bundestag und in den Medien betriebene Ablenkung der Bürger von wichtigen politischen Überlegungen durch breite Thematisierung einer zu fordernden „Willkommenskultur“ ist ein Musterbeispiel von Manipulation. In Wahrheit steht die Veränderung Deutschlands auf dem Programm.

Der Bundestagspräsident Norbert Lammert wird im „Handelsblatt vom 9.9.15 in Bezug auf die neuen Flüchtlinge wie folgt zitiert: „Diese große humanitäre politische und kulturelle Herausforderung wird Deutschland verändern.“ In gleicher Weise äußerten sich die Bundeskanzlerin und wichtige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie auch bekannte Journalisten in den Medien. Daraus kann geschlossen werden, dass nunmehr durch die herrschende politische Klasse die von konservativen Patrioten seit Langem gehante und gefürchtete Aufgabe der Identität des deutschen Volkes ganz gezielt und vor allem neuerdings offen in Gang gesetzt wird.

Eine kurze Analyse des Geschehens führt sehr schnell zu der planvollen Destabilisierung von Anrainerstaaten des Mittelmeeres durch den so genannten „Arabischen Frühling“ und kriegerische Aktionen der USA sowie der NATO, besonders in Lybien und Syrien als Auslöser der Massenflucht. Natürlich haben sich dabei sofort kriminelle Schleuserbanden gebildet und eingeschaltet. Sie treten in solchen Massen und so umfassend auf, dass der Verdacht entsteht, hier seien fördernde und organisierende Kräfte im Hintergrund am Werk.

Jedenfalls muß geprüft werden, ob nicht Geheimdienste der USA wesentlich dabei mitgewirkt haben, um Kraft, Einfluß und Konkurrenz der europäischen Union zu schädigen. Es erscheint nämlich abwegig, dass sich die europäischen Staaten allein von kriminellen Schleuserbanden ohne weiteres existentiell bedrohen und gefährden lassen.

Natürlich müssen die angelaufenen Hilfsmaßnahmen und Spendenaktionen zur Behebung der unmittelbaren Nöte vor Ort fortgesetzt werden. Die vorhandenen gesetzlichen, strafrechtlichen und sicherheitsdienstlichen Maßnahmen reichen außerdem aus, um kriminelle Protestmaßnahmen zu verfolgen bzw zu unterbinden. Allerdings entspricht es keineswegs den verfaßten demokratischen Spielregeln, wenn bürgerlicher Widerstand auf der Grundlage des Grundgesetzes gegen die gegenwärtige, oben beschriebene „Flüchtlingspolitik“ beschimpft und verleumdet wird.

Die Nachrichten der Medien und deren Auswertung lassen den Schluß zu, dass die verantwortlichen Politiker unseres Landes nicht gewillt sind, durchgreifende Maßnahmen gegen die unkontrollierte Zuwanderung der fast ausnahmslos fremden Kulturen und religiösen Bekenntnissen angehörenden „Flüchtlinge“ zu ergreifen. Eine überzeugende, vorausschauende Konzeption über den Tag hinaus konnte leider bisher den besorgten Bürgern

nicht vermittelt werden. Darüber hinaus sind auch alle Versuche, die europäische Union zu gemeinsamem Handeln anzustoßen bisher im Sande verlaufen.

Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten, dass das Geschehen in erster Linie Deutschland angehe, weil es mit der verkündeten „Willkommenskultur“ die Flüchtlinge und Asylbewerber förmlich anlocke, erscheinen durchaus berechtigt. Hier zeigt sich, dass Deutschland nicht allein ist in Europa. Die Bedenken seiner Partner sollte es ernst nehmen und nicht einfach vom Tisch wischen.

Besonders ärgerlich ist es, dass die politische Klasse und die Medien regelmäßig anstelle der Diskussion über die gebotenen politischen Maßnahmen auf das weite, emotionsgeladene Feld der menschlichen Hilfsbereitschaft sowie die Schilderung von Einzelschicksalen ausweichen. Darüber hinaus werden kriminelle Proteste so genannter „Rechter“ über Gebühr thematisiert, obwohl es sich um eine einflusslose Minderheit handelt, die ohne weiteres mit den Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen ist.

Es gilt im Übrigen festzuhalten, dass die gegenwärtige Politik davon ausgeht, das Deutsche Volk werde sich „verändern“. Das heißt im Klartext, dass die herrschende politische Klasse entgegen dem Grundgesetz dabei ist, die Identität des Deutschen Volkes aufzugeben oder gar bewusst zu zerstören. Dagegen ist Widerstand in freier Auslegung von Artikel 20 des Grundgesetzes angesagt.

Der Bürger sollte unverzüglich Rechenschaft von den von ihm beauftragten Politikern über eine notwendige Gesamtkonzeption und die Planungen für deren Verwirklichung fordern.

Besonders stehen folgende Fragen an:

- Gibt es Planungen zur Stabilisierung der Länder wie Libyen und Syrien? Inwieweit können die USA dazu beitragen bzw dafür verantwortlich gemacht werden?
- Laufen endlich nachdrückliche Verhandlungen der Bundesregierung mit den Vertretern der Regierungen, aus deren Ländern die Flüchtlinge und Asylanten kommen, um einen Stopp oder eine Beschränkung der Flüchtlingswelle zu erreichen?
- Was plant das Außenministerium, um im Verein mit Verbündeten in der EU und der NATO den Flüchtlingsstrom zu kanalisieren und zu kontrollieren?
- Was unternehmen die Nachrichtendienste zur Zerschlagung der Schleusernetzwerke?
- Wie lauten die Internettexpte der Bundesregierung, um Einfluß über Smartphone und andere auf die Flüchtlinge und weitere Aufbruchswillige zu nehmen?
- Wie sollen die Flüchtlinge integriert und die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindert werden?
- Warum wird den Asylanten und Kriegsflüchtlingen nicht bekannt gegeben, dass sie grundsätzlich nach Fortfall ihrer Fluchtgründe in ihre Heimat zurückzukehren haben?

In Erwartung Ihrer Antwort und mit freundlichen Grüßen!
Reinhard Uhle-Wettler